



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

1/VII/189 - 16.8.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Die Angst vor der Bundestagswahl	S. 1
England und die Montan-Union	S. 3
Praktische Völkerverständigung (Bericht über das internationale Falkenlager)	S. 5
Zu Seebohms letzter Sonntagsrede	S. 6
Nachtrag zum Freitod Auerbachs	S. 8

Sie hatten vier Jahre Zeit !

R.D. Ja sogar mehr als vier Jahre, wenn man die Amtszeit des Wirtschaftsrates in Frankfurt mitrechnet, die von den gleichen Parteien unter den gleichen Mehrheitsverhältnissen gestaltet wurde, die sich im Jahre 1949 zum Bundestagswahlkampf stellten. Das waren günstige Umstände, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich, unter denen die Wahlen standen. Die Bevölkerung hatte kein Urteil mehr über normale Wirtschafts- und Marktbeziehungen. Den Jahren des Mangels, der Bezugscheine, des entwerteten Geldes - die stets natürliche Folge von Rüstungspolitik und Kriegswirtschaft, die von diesen Parteien auch heute wieder angestrebt wird - waren die vollen Schaufenster gefolgt, und wenn die Bevölkerung auch noch nicht wieder alles kaufen konnte oder nur dann, wenn sie "kaufkräftig" war, wie Erhard es nennt, so war sie doch zumindest froh, die Waren der Hortungslager endlich wieder in den Auslagen zu finden. Dafür war sie zunächst bereit, vieles zu verzeihen.

Inzwischen aber hat die Bevölkerung wieder begriffen, daß das Ansehen von Schaufenstern nicht allein die wirtschaftliche und soziale Glückseligkeit bedeutet; daß ein gerechtes Verhältnis zwischen Arbeitsleistung, Lohn und Warenpreis bestehen muß. Die Waren müssen in Qualität und Quantität dem Bedarf entsprechen

und als Gegenleistung für die Arbeit käuflich sein. Und so begann der deutsche Käufer nach den Ursachen vorliegender Mißverhältnisse zu forschen und er entdeckte den Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Erscheinungen und politischen Ursachen; er entdeckte die Verantwortlichkeit der Parteien.

Nun stehen wieder Wahlen bevor und die Parteien und ihre Freunde haben Sorgen. So schreibt das "Handelsblatt" z.B.:

"Es sollte von keinem Verantwortungsbewußten in der Wirtschaft vergessen werden, daß er mit der Preisstellung seiner Waren in der nächsten Zeit mehr als jemals in den letzten zwanzig oder fünfundzwanzig Jahren auch eine politische Entscheidung trifft..." Und weiter: "Nichts würde auf die Entscheidung der Wähler so sehr einwirken, als eine Verschiebung unseres allgemeinen Preisniveaus nach oben, gerade in den Monaten vor der kommenden Bundestagswahl".

Das "Handelsblatt" hat vollkommen recht und wir wünschen ihm ohne Ironie und rein im Interesse einer kontinuierlichen Weiterentwicklung unserer Wirtschaft mit seiner Mahnung vollen Erfolg.

Wir wünschen aber weiter, die deutsche Unternehmerschaft und ihre wirtschaftspolitischen Inspiratoren kämen nicht immer jeweils erst vor Wahlen zu Erkenntnissen, um die das "Handelsblatt" vielleicht sogar vergeblich mahnt. Die Absatzkrise der Gegenwart, der zerstörte Kapitalmarkt und viele andere krisenhaften Erscheinungen sind doch nur die natürliche Folge der rigorosen Kaufkraftbeschränkung und andererseits der Selbstfinanzierung auf dem Wege über den hohen Preis, die in den Jahren des bedingungslosen "Bereichert Euch!" betrieben wurden. Mehr als vier Jahre hat man danach gewirtschaftet. Jetzt, vor den Wahlen, erscheint es plötzlich nötig, zur Preis-Beschränkung zu mahnen.

Aber auch der Verbraucher hat in diesen Jahren nicht geschlafen, sein Urteil dürfte feststehen, die Schuldigen ihm bekannt sein. Er wird sich zu überlegen haben, ob ihm die angemahnten Preisbeschränkungen im "Jahr der Entscheidung" genügende Sicherheit dafür geben, daß er mit seinem Votum nicht erneut die Berechtigung erteilt, ihm in den nachfolgenden drei Jahren wieder das Fell über die Ohren zu ziehen.

+ + +

England macht nicht mit

Von unserem Londoner B.C.-Korrespondenten

Schon als vor zwei Jahren, im Juni 1950, Frankreich mit der Verkündung des "Schuman-Planes" die Initiative zur Schaffung des schwerindustriellen Kartells ergriff, das sich jetzt in der Form der "Montan-Union" konstituiert hat, wurde es klar, daß Großbritannien an einer Verschmelzung der Kohle- und Eisenerzeugung Europas in der vorgeschlagenen Form sich nicht beteiligen könne und werde. Die damals im Amt befindliche Labour-Regierung hatte sich das Ziel der Gesundung der britischen Wirtschaft unter zentral geplanter Vollbeschäftigung gesetzt. Sie hatte bereits durch Verstaatlichung und Neuorganisierung den im Privatbesitz heruntergewirtschafteten Kohlenbergbau wieder lebensfähig gemacht.

Die Labour-Regierung konnte nicht Kohle und Stahl einer Kartellbehörde ausliefern, die, ohne echter demokratischer Kontrolle unterworfen zu sein, in die unentbehrliche zentrale Planung der Basis des britischen Wirtschaftslebens nach Gutdünken eingreifen könnte, die im Falle einer Weltmarktsdepression würde anordnen können, welche Kohlengruben, welche Stahlwerke zu schließen, welche mit Subsidien und Investitionen am Leben zu erhalten wären. Sie konnte nicht das Schicksal der Vollbeschäftigung daheim, die komplizierten Wirtschaftsbeziehungen des Commonwealth und den Kern des Ausführungsprogramms, von dem die Gesundung Großbritanniens abhing, einer Behörde ausliefern, die unweigerlich von einer kleinen Gruppe lothringischer und rheinischer Kapitalisten dominiert sein würde, was auch immer an schönen Worten auf der Fassade geschrieben stehen möge. Und sie konnte auch vor allem nicht durch Übereignung der Grundindustrien an diese Behörde das Recht aus der Hand geben, jene Industriezweige in öffentlichen Besitz zu überführen, deren Verstaatlichung oder Sozialisierung das nationale Interesse erheischt.

Wegen dieser ablehnenden Haltung wurde damals die Labour-Regierung von dem Großteil der konservativen Presse und von dem Oppositionsführer Winston Churchill heftig angegriffen. Churchill war zu jener Zeit gerade in seiner "Europalaune", propagierte in zündenden Reden daheim und auf dem Festlande den Gedanken eines europäischen Zusammenschlusses, dessen Gelingen ihm zweifellos die Macht und den

Glanz der überragenden, führenden Persönlichkeit gegeben hätte, nach der sein Herz sich sehnte, und die das britische Volk ihm vorenthielt. Besonnenere Toryabgeordnete und verantwortliche konservative Blätter, wie etwa die "Times" und der "Observer" gaben bereits damals zu, daß Labours Haltung im britischen Interesse gerechtfertigt wäre.

Als im Oktober 1951 die Tories an die Regierung kamen, zeigte sich, daß die Freuden der Opposition um jeden Preis mit der staatsmännischen Verantwortung für Staat und Volk unvereinbar sind. Die von naiven Seelen erwartete Europapolitik der Konservativen, insbesondere der Anschluß an den Schuman-Plan, blieb aus. Jedesmal, wenn ein Labour-Abgeordneter mit einem Hinweis darauf die Regierungspartei zu necken versucht, macht Churchill ein bitterböses Gesicht und weigert sich, darauf einzugehen. Zwar wird in der nächsten Session des Parlaments (das am 14. Oktober wieder zusammentritt) die Entstaatlichung der Stahlindustrie durchgeführt werden, doch scheint in den Kreisen der Finanzgewaltigen der City, die dem Staat die Stahlwerke abkaufen sollen, wenig Neigung zu bestehen, die damit wiedergewonnene Wirtschaftsmacht an eine Hohe Behörde außer Landes abzutreten. Auch dann, wenn dieser Schritt sie vor der Wiederverstaatlichung durch die nächste Labour-Regierung schützen sollte - das Risiko wird einkalkuliert und den der Regierung für die Aktienpakete zu zahlenden Preis erheblich drücken. Andererseits aber kann selbst Churchills konservative Regierung nicht ohne jegliche Planung der Grundindustrien auskommen, wenn auch solche Planung unter den Tories weniger der Vollbeschäftigung der Arbeitnehmer, als vielmehr der Bereicherung der Arbeitgeber dienen wird.

Falls die bevorstehende Reise des Präsidenten Jean Monnet nach London der Montanunion dem Zwecke dienen sollte, die britische Regierung doch noch in zwölfter Stunde zur Teilnahme zu überreden, so kann mit Sicherheit vorausgesagt werden, daß dieser Versuch ebenso mißlingen wird, wie die gleichen Bestrebungen des Bundeskanzlers Adenauer bei seinem Besuch in London Anfang Dezember 1951. Natürlich wird Großbritannien einen "modus vivendi" mit der Montanunion finden müssen und wollen, allein schon, um einen halsabschneiderischen Wettbewerb zwischen den beiden größten Kohle- und Stahlerzeugungssystemen außerhalb der Vereinigten Staaten zu vermeiden, vielmehr ihre Tätigkeiten zu koordinieren und gegeneinander abzugrenzen. Falls M. Monnet mit diesem Ziel nach London kommt, so wird er bereitwillige Verhandlungspartner und fast sicheren Erfolg finden.

"Bei uns sieht es aus wie in Straßburg"

Anfang September wird das internationale Falkenlager "Junges Europa" bei Füssen im Allgäu am Fuße der Burg Neuschwanstein zu Ende gehen. 3000 Jugendliche aus zwölf Nationen bilden eine einzige Völkerfamilie. Wir verzichten diesmal bewusst auf eine eigene Schilderung und geben dafür der bürgerlich-konservativen FAZ das Wort, die dieser Tage folgenden Bericht veröffentlichte:

"Gegen Frankreich haben wir nichts zu bestellen. Wenn die Verteidigung nächstesmal wieder so mies ist, können wir gleich einpacken". Ein blonder Wuschelkopf von zwölf Jahren mit hochrotem Gesicht debattiert heftig in einer Gruppe Gleichaltriger. Man hört auch Englisch, Italienisch und Schwedisch. Jeder versteht hier offenbar jeden. Wir sind am Eingang zum "Falkenstaat Junges Europa" bei Schwangau im Allgäu. Die Gruppe kommt vom Fußballspielen. Sie machen hier ihre eigenen olympischen Spiele. Es hat schon genügend internationale Lager aller Schattierungen gegeben, und man geht auch mit dem Begriff Europa besser recht sorgsam um... Der Gehalt kommt ganz woanders her. Dies ist ein kleiner Staat für sich. Im Parlamentszelt stehen rohgezimmerte Bänke und Tische im Geviert. Jeder der 42 Abgeordneten kann von seinem Platz aus ins Mikrofon sprechen, und die anderen werden sogleich durch die Dolmetscheranlage in ihren Kopfhörern eine der drei Sprachen hören, in die sie sich eingeschaltet haben. "Das sieht hier bei uns genau so aus wie in Straßburg", berichtet einer nicht ohne Stolz.

"Das Parlament beschloß"

Eben hat das Parlament des Falkenstaates seine dritte Sitzung abgehalten. Es hat zu seinem Vorsitzenden einen dreizehnjährigen Deutschen gewählt, zu Beisitzern einen Italiener, eine Engländerin und zwei deutsche Mädchen. Und schon wird ein "Communiqué" herausgegeben. Überschrift "Das Parlament beschloß". Da heißt es unter Punkt eins: "Die Lagerleitung wird beauftragt, Buttermilch für den Kauf im Konsum zu besorgen". Unter Punkt drei: "Nach Anhörung der Gründe der Lagerleitung wurde verabredet, den Eisverkauf weiter zu gestatten". Man sollte darüber nicht lächeln. Das sind natürlich keine Beschlüsse nach dem Muster von Bundestagen oder Unterhäusern. Aber hier wird diskutiert. Sehr nachhaltig oft, aber immer mit der Bereitschaft, die Gegenargumente anzuhören und sie sogar gegenüber den eigenen abzuwägen. Und dann wird also die Lagerleitung "beauftragt", etwas zu tun, und das Parlament der Jugendlichen behält sich auch durchaus vor, ein Anliegen der Lagerleitung durch Abstimmung zu Fall zu bringen.

Punkt sieben liest sich recht einfach, aber es steckt einiges dahinter: "Dörfern, die ihren Dorfbereich und den Lagerbereich nicht sauber halten, kann das Parlament die Wandertage streichen". Ein sehr einschneidender Beschluß und eine harte Strafe, denn an den beiden Wandertagen der Woche verläßt der ganze Falkenstaat gemeinsam das Lager zu fröhlichem Tun. Die Lagerleitung ihrerseits, an ihrer Spitze der Präsident, gibt keine Dienstpläne heraus, sondern einen Tagessplan. Dies ist durchweg der Ton: "Neun Uhr. Nun kommt das Frühstück ins Dorf, und wir lassen es uns recht gut schmecken". "Zehn Uhr. Wer an den Märgungsgruppen Singen, Musik, Segelflug und Basteln teilnehmen will, kommt zur Lagerleitung". "Zwanzig Uhr. Wir sammeln uns in den Dörfern und ziehen zur Freilichtbühne". "21.30 Uhr. Ein schöner Tag geht zu Ende, und die Lagerruhe beginnt". Die Lagerleitung befiehlt nichts. Sie bittet und

regt an. Und das soll funktionieren ?

"Wir wollen mit dem Tagesplan nur einen Rahmen geben und Wege zeigen", sagt der Lagerpräsident. "Sie sollen nicht auf Befehle warten, sondern ihr Leben in den engeren Gemeinschaften selbst regeln. Meine erste Aufgabe ist, die Entwicklung der Selbstverwaltung bei den jungen Menschen von unten her". Man versucht, eine gute Synthese zwischen Freiheit und Ordnung, zwischen dem Recht des Einzelnen und dem der Gemeinschaft zu finden.

Auf die Verfassung komme es an

350 Zelte sind im Falkenstaat zu 25 hufeisenförmigen Dörfern zusammengestellt. Dazwischen die "Staatsbauten" aus Zeltplane oder Holz. So schön das in dieser herrlichen Natur aussieht - auf die Verfassung des Falkenstaates kommt es an. Die Zeltgemeinschaft als kleinste Gemeinschaft wählt sich einen Sprecher, der sie im Dorfrat vertritt. Die aus mehreren Zeltgemeinschaften gebildete Dorfgemeinschaft wird von einem erwachsenen Bürgermeister geleitet. Die Dorfversammlung hingegen wählt in geheimer Wahl als zweiten Bürgermeister einen Falken und außerdem zwei Abgeordnete ins Parlament, das seinerseits eine ganze Reihe von Ausschüssen bildet. Bei besonderen Anlässen werden die Bürger des Falkenstaates auch zu einer Vollversammlung einberufen. Das Bild mag zunächst verwirren, aber die Gewaltenteilung ist im Grunde auf einen ganz einfachen Nenner zu bringen: Es gibt auf der einen Seite die Selbstverwaltung der Falken, die alle jene Fragen regelt, deren Regelung man billigerweise von Jugendlichen dieses Alters verlangen kann. Daneben steht die Lagerleitung der Erwachsenen mit ihren Organen, die mit möglichst unsichtbarer Hand dafür sorgt, daß das pädagogische Ziel erreicht wird. "Der Mensch wird nicht zum Demokraten geboren, aber wir können dazu beitragen, daß einer aus ihm wird", sagt uns einer der Bürgermeister.

Für je drei Wochen kommen hier in diesen Sommermonaten etwa dreitausend Falken zusammen, insgesamt sind es fast zehntausend. An einem Tage in den drei Wochen regieren sich die Falken ohne jede Einschränkung selbst. Alle erwachsenen Helfer verlassen das Lager, und der Vorsitzende des Parlaments wird für 24 Stunden zum Staatschef. Beim erstenmal hat es großartig geklappt - trotz unvorhergesehener Landung eines Hubschraubers mit Presselenten. Dem stellvertretenden bayerischen Ministerpräsidenten, der ebenfalls ausgerechnet an diesem Tage eintraf, blieb der Staatschef keine Antwort schuldig. Die Probe wurde bestanden.

Der Lagerpräsident und seine Mitarbeiter haben uns mehrfach versichert, von einer parteipolitischen Schulung sei im Falkenstaat keine Rede. "Wir wollen kein Dogma. Wir wollen aber so viel mitgeben, daß sich später jeder frei entscheiden kann, wohin er gehört". Das ist ein gutes Wort.

+ + +

"Niemals vergessen und vergeben !"

Seebohms jüngste nationalistische Entgleisung

(sp) Westdeutschlands unglücklichster Sonntagsredner, Hans-Christoph Seebohm, hat zum Wochenende die immer länger werdende Liste seiner nationalistischen Entgleisungen mit einem neuen faux pas erweitert. Herr Seebohm, als Bundesminister angekündigt, hat in Erlangen

vor sudetendeutschen Vertriebenen erklärt, das Abkommen von Potsdam sei nicht nur eine Sünde an den Menschen, sondern auch eine Sünde vor Gott, die "niemals vergeben und vergessen" werden könnte.

Über das Abkommen von Potsdam selbst braucht hier nicht gesprochen zu werden, vor allem nicht über die deutsche Beurteilung dieses Vertrages, der heute auch von den Amerikanern als großer Irrtum bezeichnet wird.

Was soll dieses "niemals vergeben und vergessen" heißen? Niemand in Deutschland denkt daran, die Forderung nach friedlicher Heimkehr der Vertriebenen in ihre deutsche Heimat aufzugeben, kein einziger Deutscher wird sich mit den Entschlüssen von Yalta und Potsdam und mit ihren furchtbaren Konsequenzen abfinden. Aber zwischen dieser selbstverständlichen und heute auch von den angelsächsischen Mächten unterstützten Haltung des deutschen Volkes und der marktschreierischen nationalistischen Agitationsphrase vom "niemals vergessen und vergeben" ist ein gewaltiger Unterschied.

Wo nimmt Herr Seebohm das Recht her, sozusagen stellvertretend für das deutsche Volk der Welt die drohende Formel vom "niemals vergessen und vergeben" entgegen zu schleudern? Es ist ebenso dumm wie gefährlich, das von allen Gutmeinenden der westlichen Welt bejahte Recht der deutschen Vertriebenen auf ihre Heimat in hemmungslose Agitation umzufälschen, die nur die Mißtrauischen, mehr noch die ohnehin Feindseligen in ihrer ablehnenden Haltung bestärken muß? Auch Herr Seebohm hat, wie jeder andere Deutsche, allen Anlaß, dafür dankbar zu sein, daß die Völker außerhalb unserer Grenzen allmählich beginnen, dem deutschen Volke "zu vergeben und zu vergessen", was ihnen vor 1945 von Deutschen angetan worden ist. Unser deutsches Schicksal und auch das Schicksal der Welt hängt davon ab, daß es den Völker gelingt, zu vergeben und zu vergessen, den Willen zur friedlichen Zusammenarbeit und zur friedlichen Lösung aller Probleme zu stärken und diesem Willen zum Siege zu verhelfen. Dieses "niemals vergessen und vergeben" steht in verdächtiger Nähe der anderen Formel "Auge um Auge, Zahn um Zahn". Die Gesinnung, die solche Parolen entstehen läßt, führt geradenwegs in die Katastrophe. Potsdam ist so wenig verteidigungswert wie es Versailles war. Die Schlagworte und Methoden aber, mit denen die Nazis gegen Versailles operierten, haben schließlich gerade nach Potsdam, dem Über-Versailles des zweiten Weltkrieges, geführt. Offensichtlich hat Herr Seebohm diesen Zusammenhang auch heute noch nicht begriffen.

Auerbachs Freitod

Von maßgeblicher sozialdemokratischer Seite wird zum Freitod Auerbachs erklärt:

Dieser verzweifelte und tragische Schritt ist der letzte Beweis für die Ernsthaftigkeit, mit der Philip Auerbach den Auftrag aufgefaßt hat, der ihn seinerzeit zum Präsidenten des Landesentschädigungsamtes in Bayern machte. Er hat jetzt keinen anderen Ausweg aus der Situation gewußt, in die ihn das Urteil vom vergangenen Donnerstag gebracht hat, obwohl ihm die Begründung zu diesem unerhört harten Urteil bescheinigt hatte: "Er war ein guter Staatsdiener, er hat seine Geschäfte mit Fleiß erledigt, er hat ein improvisiertes Amt einrichten müssen und er hat seinen Posten 'abgesehen von den vorliegenden Vorwürfen' technisch und fachlich voll ausgefüllt". (Von anderen "hervorragenden Verdiensten", die man ihm zuerkannte, abgesehen).

Es ist eine Tatsache, daß Auerbach, der viele Jahre im KZ zugebracht hat, vor einem Gericht stand, dessen Vorsitzender Mitglied der NSDAP war. Nach vorangegangenen entgegengesetzten Äußerungen hat gegen Schluß des Prozesses der Angeklagte selbst dem Landgerichtsdirektor Mulzer den Dank für die Art der Prozeßführung ausgesprochen. Daß dies vermutlich vor allem durch das begreifliche Bemühen bestimmt war, eine gute Atmosphäre für die Urteilsfindung zu schaffen, zeigt sich daran, daß diese Anerkennung später nachdrücklich zurückgezogen wurde. Auch wenn man das Bemühen des Gerichts um Objektivität nicht bestreitet, darf man doch Zweifel äußern, ob es sich, zumindestens was einige seiner Mitglieder anlangt, vollkommen von alten Vorurteilen freimachen konnte. Das ist eine Sache, über die die Betroffenen sich selbst Rechenschaft vor ihrem Gewissen ablegen müssen.

In diesem Prozeß ist mit Maßstäben gearbeitet worden, die für einen normalen Rechtszustand in einem Lande angebracht sind. Ein solcher Zustand hat aber in der Zeit, in die Auerbachs Vergehen fallen, nicht bestanden. Die große liberale britische Zeitung "Manchester Guardian" schrieb dieser Tage zum Auerbach-Prozeß u.a.: "Nur wenige, welche die "Rette-sich-wer-kann-Anarchie" im Nachkriegsdeutschland durchgemacht haben - ob alliierte Truppen, Deutsche oder auch die Opfer der Deutschen - sind völlig von dem einen oder anderen Verstoß, für eine gute oder schlechte Sache, freizusprechen". Dieser Umstand ist bei der Urteilsfindung unzureichend berücksichtigt worden.

Es ist eine Illusion, anzunehmen, man werde, vor allem im Auslande, das Urteil hinnehmen, ohne es irgendwie zu der Tatsache in Beziehung zu setzen, daß Auerbach Jude war. Es ist eine weitere Täuschung, zu glauben, man werde sich dabei nicht der Millionen von Juden erinnern, welche in der Nazi-Zeit ermordet wurden, ohne daß sie eine andere Schuld auf sich geladen hatten, als eben die, Juden zu sein.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raurau